

ARGUMENTATIONSHILFE

Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung

DIE LINKE.

THEMA

DIGITALISIERUNG DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG

Während mittlerweile selbst komplexe Finanzgeschäfte online erledigt werden können, sind online-Verfahren in der öffentlichen Verwaltung bislang wenig verbreitet. Das hat vielfältige Ursachen, von der Schwerfälligkeit bei der Einführung neuer Prozesse über mangelnde Interoperabilität von Daten bis zu Fragen der Identifizierung und Authentifizierung. Mit dem Online-Zugangsgesetz hat sich der Bund verpflichtet, bis 2023 die 175 wichtigsten Verwaltungsverfahren digital anzubieten – die Umsetzung verläuft weiter schleppend.

Wir wollen die Verwaltung aus den Klauen der Softwaregiganten befreien und konsequent, digitale Kompetenz auf allen Ebenen schaffen, auf freie Software und offene Datenformate setzen. Bei allen Verfahren müssen die Bürger*innen selbst bestimmen können, welche Behörden Daten über sie austauschen dürfen – ein echtes »Datenschutzcockpit«. Authentifizierungsverfahren müssen sicher und plattformunabhängig funktionieren. Über Open Data-Anwendungen sollen alle nicht-personenbezogenen Daten der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Dafür wollen wir das Informationsfreiheitsgesetz zu einem Transparenzgesetz weiterentwickeln.

Was sagen die anderen?

Die **CDU** will vor allem die Verwaltungsdigitalisierung für Unternehmen vorantreiben. Open Data »wo möglich«. Die **SPD** will digitale Verwaltungsleistungen ausbauen, datenschutzkonforme Verfahren und öffentlich finanzierte Software nur als open source.

Die Grünen versprechen, mit der Digitalisierung das Verhältnis Staat-Bürger*in auf eine neue Basis zu stellen. Die **FDP** will Behörden zu one-stop-shops machen und dafür den föderalen Verwaltungsaufbau zentralisieren und verschlanken.

LINKE Gegenargumente

Verwaltungsvorgänge müssen für Bürger*innen weiter analog möglich sein. Nicht jeder hat oder nutzt Computer und Smartphone. Digitalisierung darf nicht zu weiterer Stellenstreichung im öffentlichen Dienst und stärkerer Abhängigkeit von externen Dienstleistern führen.

Vielmehr brauchen die öffentlichen Verwaltungen ausreichend kompetentes Personal, um die digitalen Systeme zu warten, Bürger*innen bei der Benutzung zu unterstützen und persönliche Ansprechbarkeit für alle Anliegen sicherzustellen.